

**ONLINE  
UMFRAGE**



# UMFRAGE

## Ergebnisse

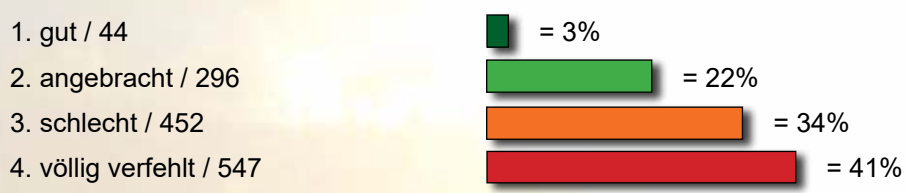
### OGST Online-Umfrage „Ihre Meinung zählt!“



**Die** Flüchtlingskrise, die sich seit dem Sommer Monat für Monat verschärft, war auch Gegenstand der heurigen OGST Online-Umfrage im Internet. Vom 06. September bis 20. November 2015 stimmten beachtliche 1.340 Mitglieder aller Landesoffiziersgesellschaften ab. Das Ergebnis ist wenig überraschend, die Politik bekommt ein glattes Nicht Genügend für ihr bisheriges dilettantisches Management und dem Herumgerede, dass diese Krise nur durch die EU zu bewältigen sei. Hier die Ergebnisse ...

Frage 1: „Halten Sie die Vorgangsweise der österreichischen Bundesregierung bezüglich der Flüchtlingsproblematik für ...“

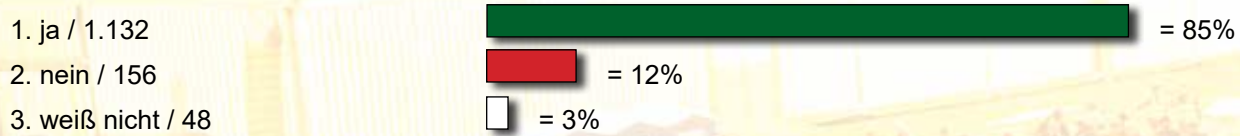
(1.339 teilgenommen / 1x keine Angabe)



Fazit: 75% der Befragten sind mit der Vorgangsweise der Bundesregierung nicht einverstanden. Man kann also aus Sicht der Bevölkerung von eklatantem Missmanagement in der Asyl- und Flüchtlingsfrage sprechen.

Frage 2: „Ist der Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres an der Grenze zu Ungarn und Slowenien sinnvoll?“

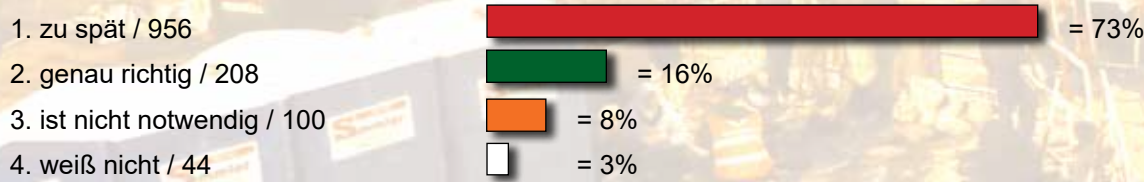
(1.339 teilgenommen / 1x keine Angabe)



Fazit: Die große Mehrheit hält den ÖBH-Assistenzeinsatz für sinnvoll, ob er zu spät kam (siehe Frage 3) oder bis dato ungenügend seitens des Anforderers (Innenministerium) eingesetzt wurde (monatelang wurden nur Transporte und Ausspeisungen verlangt), sei dahingestellt. Warum eigentlich Zäune an der grünen Grenze bauen, wenn Österreich genug Mann und Technik für eine lückenlose Überwachung der entsprechenden Grenzabschnitte hat?

Frage 3: „Der Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres kommt ...“

(1.308 teilgenommen / 32x keine Angabe)



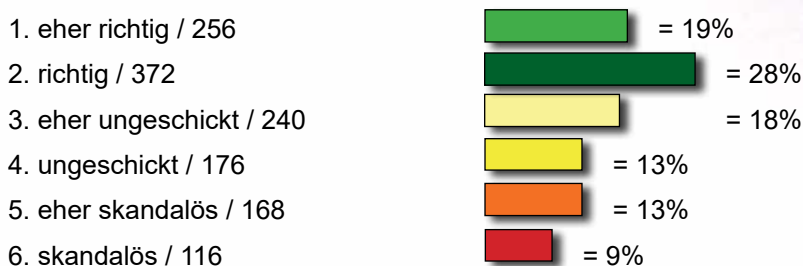
Fazit: Rund dreiviertel der Teilnehmer sehen den Assistenzeinsatz als zu spät an. In vielerlei Hinsicht hätte dieser bereits im Vorjahr beginnen müssen, so u.a. die Forderung des burgenländischen Landeshauptmannes. Die Hoffnung, die EU würde dem Flüchtlingsproblem Herr werden, scheint die Kräfte der betroffenen EU-Mitgliedsstaaten in ihren eigenen notwendigen Maßnahmen zu behindern.





**Frage 4: „Wie beurteilen Sie die Art und Weise der ungarischen Regierung mit den Flüchtlingen zu verfahren?“**

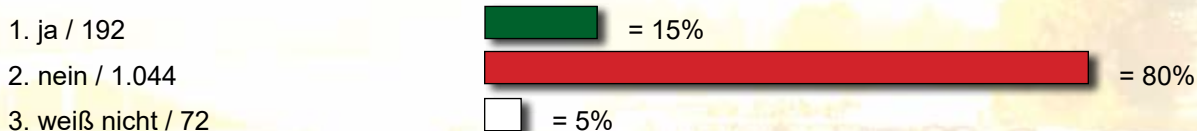
(1.328 teilgenommen / 12x keine Angabe)



Fazit: Knapp die Hälfte der Befragten hält den ungarischen Weg in der Flüchtlingskrise für richtig bzw. nachvollziehbar. Kein Wunder, seitdem der Orban-Zaun steht, gibt es so gut wie keine illegalen Grenzübertreite mehr im Burgenland. Als Folge hat sich das Drama Richtung Südsteiermark verlagert. 53% der Befragten allerdings halten von der ungarischen Strategie nichts bzw. finden diese als ungeschickt, ca. ein Fünftel sogar als skandalös.

**Frage 5: „Sollten sich Asylbewerber ihr Asylland aussuchen können?“**

(1.308 teilgenommen / 32x keine Angabe)



Fazit: Eigentlich ist es geltendes Recht, das jedoch wie einige andere Normen einfach über Bord geworfen wurde. „Asyl à la carte“ widerspricht dem Asylgesetz, dennoch sucht sich die Flüchtlingsmasse die wohlhabendsten Staaten in Europa als Fluchtziel aus. In Andockländern wie Griechenland und Durchzugsländern wie Kroatien, Slowenien und mittlerweile auch Russland (Richtung Norwegen) werden hingegen kaum Asylanträge gestellt. Osteuropa, abseits der „Balkanroute“ (also Polen, Tschechien, Slowakei, Rumänien und neuerdings Ungarn) ist vom Flüchtlingsstrom so gut wie nicht bzw. nicht mehr betroffen.

**Frage 6: „Was glauben Sie, aus welchem Grund sind Deutschland und Schweden die „Traumländer“ für viele Flüchtlinge?“**

(1.136 teilgenommen / 204 keine Angabe)

Die Beantwortung dieser Frage kann generell mit wirtschaftlichen Gründen und Begriffen wie „gelobtes Land“, „Andockmöglichkeiten für Sozialleistungen“, „Land, wo Milch und Honig fließen“ oder „Das Problem heißt Merkel“ wiedergegeben werden. Auch die Aussicht auf Arbeit spielt eine wesentliche Rolle bei der Einschätzung der Befragten. Weiters wurden „falsche Signale gesetzt“, „falsche Versprechungen von Schleppern gemacht“ und die „Willkommenskultur“ als Gründe angeführt.

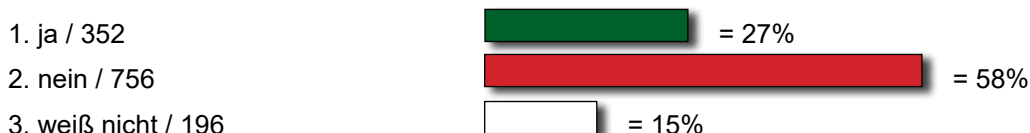
Eine Angabe befasste sich mit der Geschichte: „Ein Schelm, wer Böses dabei denkt! Sic 1789 – 1918 – 1945 – 1968 – 2015“. Etliche Argumente wurden auch im Sinne von „verfehlter Asylpolitik“ und „Naivität der Politiker“ genannt.

Fazit: Fakt ist, dass das ausgesetzte Dublin III-Abkommen in Deutschland wieder zur Diskussion steht. Innenminister de Maizière, der für die Wiedereinführung des Abkommens ist, und Bundeskanzlerin Merkel sind sich dabei uneins. Der historische Tweet des BAMF<sup>1)</sup> (BAMF@BAMF\_Dialog) vom 25.08.2015 „Dublin-Verfahren syrischer Staatsangehöriger werden zum gegenwärtigen Zeitpunkt von uns weitestgehend faktisch nicht weiter verfolgt“ verbreitete sich wie ein Lauffeuer und bewirkte eine entsprechende Erwartungshaltung. Nun muss zurückgerudert werden. *Fortsetzung auf Seite 9*

1) BAMF - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge - www.bamf.de

Frage 7: „**Würden Sie sich bei vorhandenen Kapazitäten bereit erklären, Flüchtlinge privat aufzunehmen?**“

(1.304 teilgenommen / 36 keine Angabe)



Fazit: Seien es soziale oder vielleicht auch finanzielle Anreize, die private Unterbringung von Asylbewerbern wird jedenfalls seitens der Bundesregierung unterstützt. Über ein Viertel der Befragten würden Asylbewerber bei sich unterbringen, vorhandene Kapazitäten vorausgesetzt. Für die Entgeltung gibt es die Modelle Voll-, Teil-Selbst- und Selbstversorgung. Letztere ergibt einen Tagessatz von 12,- Euro pro Asylbewerber für dessen Beherbergung ausschließlich. Bei einer Kleinfamilie mit drei Personen macht das 13.140,- Euro pro Jahr und entspricht einer Monatsmiete von 1.095,- Euro.

Anmerkung: 36 Personen haben nur die Fragen 1 bis 5 beantwortet und danach die Umfrage abgebrochen.

Frage 8: „**Sehen Sie durch die vermehrten Asylbewerber für den österreichischen Arbeitsmarkt (knapp 380.000 Arbeitslose, Aug.15) eine Gefahr?**“

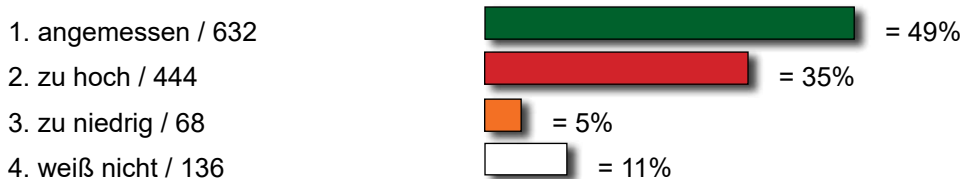
(1.304 teilgenommen / 36 keine Angabe)



Fazit: Die Arbeitslosenzahlen steigen im Moment zu einem noch nie dagewesenen Höchststand. Im Oktober 2015 waren bereits 410.854 Menschen in Österreich arbeitslos, davon 71.442 in Schulungen. Mit der Aufnahme von erwarteten 85.000 Asylbewerbern heuer und eventuell im kommenden Jahr könnte diese Zahl rasch auf eine halbe Million ansteigen. Die Mehrheit der Umfrageteilnehmer sieht diese Gefahr.

Frage 9: „**Halten Sie die Quote von 1.5% Asylbewerbern in jeder Gemeinde für angemessen?**“

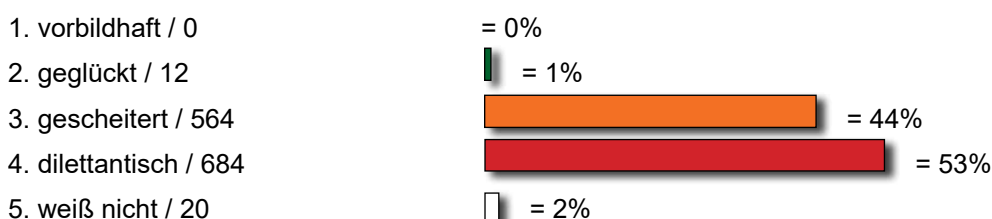
(1.280 teilgenommen / 60 keine Angabe)



Fazit: Die Hälfte der Befragten hält die 1.5%-Quote für angemessen, ein Drittel für zu hoch. Demografie-Forscher des renommierten Pew-Instituts in Washington (USA) haben nach sechsjähriger Forschungsarbeit in einer Studie veröffentlicht, dass die muslimische Bevölkerung am schnellsten wächst und es um das Jahr 2070 erstmals in der Geschichte mehr Muslime als Christen geben wird. Das liegt vor allem an der höheren Geburtenrate in muslimischen Gesellschaften von derzeit durchschnittlich 3,1 Kindern pro Frau. In Österreich sind es dagegen im Schnitt nur 1,4 Kinder.

Frage 10: „**Halten Sie das europäische Krisenmanagement und das Verhalten der EU in Bezug auf die kürzlich vergangenen Herausforderungen als ...?**“

(1.280 teilgenommen / 60 keine Angabe)



Fazit: 97% der Befragten sehen das aktuelle EU-Krisenmanagement und damit auch die Handlungsfähigkeit Brüssels in der Asyl- und Flüchtlingsfrage als gescheitert oder unwirksam. Umso erstaunlicher ist es, dass die Politiker der betroffenen Zielländer (vor allem in Deutschland und Österreich) nach wie vor nur eine gesamteuropäische Lösung verfolgen. Die Ohnmacht der EU ist Grund dafür, dass letztlich die Nationalstaaten auf sich alleine gestellt sind. Ganz zu schweigen von der Sicherung der EU-Außengrenzen, die seit vielen Jahren und nicht erst seit gestern, überhaupt nicht funktioniert. Währenddessen streitet man über den Zaun-Begriff und verlautbart, dass man sich das Ganze in Spielfeld vor Ort „eh angesehen hätte“.